

AKTUELL

ENERGIEPREISE

Schufften für den Strom

Thorsten Fuchshuber

Mehr als einen Monatslohn müssen Geringverdienende in der Europäischen Union im Schnitt für den privaten Energiebedarf bezahlen, hat der Europäische Gewerkschaftsbund berechnet. In Luxemburg ist man nicht viel besser dran.

Wer in Luxemburg den Durchschnittslohn verdient, schufftet jährlich knapp drei Wochen, allein um die Energierechnung zu bezahlen: 14 Tage müssen Luxemburger Lohnabhängige laut Berechnungen des Europäischen Gewerkschaftsinstituts ETUI für die Deckung ihrer Strom- und Gaskosten arbeiten, wenn man die Energiepreise von Juli 2022 zugrunde legt und so im Schnitt auf jährlich 1.870 Euro kommt. Noch schlechter ist die Bilanz für all jene, die nur über einen Lohn verfügen, der dem „sozialen Mindestlohn“ von derzeit 2.313 Euro brutto entspricht: Sie müssen ganze 25 Tage ran.

Vielorts in der Europäischen Union sieht es allerdings noch schlimmer aus: Die durchschnittliche jährliche Energierechnung übersteigt für Geringverdienende in den meisten EU-Mitgliedstaaten inzwischen einen Monatslohn, wie, das Forschungszentrum im Auftrag des Europäischen Gewerkschaftsbundes (ETUC) errechnet hat.

EU-Kommission will eingreifen

„Wenn die Rechnung mehr als einen Monatslohn kostet, hilft kein noch so cleverer Spartrick mehr“, kommentierte ETUC-Generalsekretärin Esther Lynch die Analyse in einer Presseerklärung. Der Europäische Gewerkschaftsbund fordert die Staats- und Regierungschef*innen auf, „entschlossene Maßnahmen zu ergreifen, um die unhaltbaren Energiepreissteigerungen in Europa zu beenden“. Zu den Forderungen zählen Lohnerhöhungen, um den Anstieg der Lebenshaltungskosten auszugleichen, eine Erhöhung der Mindestlöhne, gezielte Notzahlungen für Geringverdienende, sowie eine Steuer auf übermäßige Gewinne der Energieunternehmen.

Die Initiative des ETUC erfolgte eine Woche vor der angekündigten „Rede zur Lage der Union“ von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von

der Leyen am kommenden Mittwoch in Straßburg, bei der es maßgeblich um energiepolitische Themen gehen wird. Bereits an diesem Mittwoch präsentierte die EU-Kommission fünf Vorschläge für „Sofortmaßnahmen“, um gegen die hohen Strompreise vorzugehen. Unter anderem soll die Stromnachfrage koordiniert gesenkt und der Großhandelspreis für Strom, der aus billigeren Quellen als Gas produziert wird – etwa Wind, Solar, Atomkraft oder Kohle – gedeckelt werden. Überdies will man die Länder dazu befähigen, die Profite der Stromunternehmen, die über diesen Preisdeckel hinausgehen, weiterzugeben – etwa durch Eingriffe in den Endkundenpreis oder durch Direktzahlungen an „finanziell schwächere Haushalte und Unternehmen“.



FOTO: EC - AUDIOVISUAL SERVICE

Zieht die EU-Kommission der Strompreisentwicklung den Stecker?

Die Vorschläge werden am heutigen Freitag auf einer informellen Tagung der Energieminister*innen der Mitgliedsstaaten besprochen. Kommt es dort zu einer Einigung, wird von der Leyen womöglich bereits am Dienstag das weitere Vorgehen präsentieren. Der Spielraum der EU-Kommission selbst ist beschränkt, da die EU-Verträge und die Hoheitsrechte der EU-Mitgliedsstaaten respektiert werden müssen.

In Luxemburg hatte Ende August ein Vorschlag von Déi Gréng für Unmut gesorgt. Die hatten in ihrer Pressekonzferenz zur Rentrée finanzielle Direkthilfen für Betriebe und Haushalte gefordert. Ohne namentlich genannt zu werden, wurde die Partei wenige Tage später von Premierminister Xavier Bettel mit Blick auf die Mitte September anstehende Tripartite zurechtgewiesen: Die Verhandlungen würden durch derlei Verlautbarungen erschwert.

SHORT NEWS

EU: Was wiegt weltweite Gerechtigkeit?

(lm) – Eine drei Meter hohe „Waage der Gerechtigkeit“ brachten Aktivist*innen am vergangenen Dienstag vor dem Justus-Lipsius-Gebäude in Brüssel in Stellung. Dort finden derzeit die Verhandlungen des Rats der Europäischen Union über eine Richtlinie zur Sorgfaltspflicht für Unternehmen (Corporate Sustainable Due Diligence Directive, CSDDD) statt. Die Aktion ist der Startschuss der „Gerechtigkeit geht alle an“-Kampagne eines europäischen NGO-Bündnisses, bei dem unter anderem Friends of the Earth und der Europäische Gewerkschaftsbund federführend sind (in Luxemburg vertreten durch Mouvement écologique, OGBL und LCGB). Die NGOs befürchten eine Verwässerung des vorliegenden Textvorschlags, der in ihren Augen ohnehin noch nicht weit genug geht (siehe: EU-Lieferketten-Regelung, woxx 1675). Europäische Unternehmen sollen weltweit strenge soziale, ökologische sowie menschenrechtliche Standards einhalten und für Verstöße zur Rechenschaft gezogen werden, so das Bündnis. Nur mit öffentlichem Druck – symbolisiert durch beschriftete Kieselsteine in der einen Waagschale – könne ein Gegengewicht geschaffen werden zu den „schmutzigen Profiten“ – den schweren Goldnuggets in der anderen Schale. Die NGOs rufen auf, einen Appell in zehn Punkten zu unterzeichnen: justice-business.org/de

Mehr Bodenschutz zum Klimaschutz

(ja) – Böden können sowohl ein Speicher als auch eine Quelle für Treibhausgasen sein. Im Jahr 2019 ist die Rechnung negativ ausgefallen: 64 Megatonnen CO₂ sind durch organische Böden in Europa in die Atmosphäre gelangt. Das entspricht etwa zwei Prozent der gesamten Netto-Emissionen – halb so viel wie jene durch den Flugverkehr. Diese Zahlen hat die Europäische Umweltagentur (EEA) am vergangenen Donnerstag veröffentlicht. Organische Böden kommen vor allem in Mooren vor. So stammt auch der Großteil der Emissionen aus dem Torfabbau, der vor allem in Finnland, Irland, Lettland, Estland und Deutschland praktiziert wird. Die EEA empfiehlt, dass Moore stattdessen besser geschützt und renaturiert werden sollen. So könne zusätzliches CO₂ in den Böden gespeichert werden. Gerade bei Änderung der Landnutzung seien die Effekte aber nicht immer vorhersehbar, weswegen die Umweltagentur unterstreicht, dass in diesem Bereich mehr Forschung vonnöten ist.

Forum 427: Jugend zwischen Schutz, Hilfe und Strafe

(tj) – Schon seit vielen Jahren fordern luxemburgische Kinderrechtler*innen die Trennung von Jugendschutz- und Jugendstrafrecht: Dank dreier vorliegender Gesetzentwürfe soll dies noch in der laufenden Legislaturperiode umgesetzt werden. Die neue Ausgabe des Forum widmet sich ausführlich den damit verbundenen Themen: So erfährt man unter anderem, welche Mängel der luxemburgischen Gesetzeslage dadurch behoben werden sollen und weshalb die geplante Reform einen Paradigmenwechsel bei den Kinderrechten darstellt. Diskutiert wird auch, ob die Kritik der Generalstaatsanwaltschaft berechtigt ist, eine Trennung von Jugendschutz- und Jugendstrafrecht führe dazu, dass ein ganzheitlicher Blick auf das Kindeswohl nicht mehr möglich sei. Zu Wort kommen zahlreiche Kinderrechts- und Kinderschutzexpert*innen. Abgeschlossen wird das Dossier mit einer Rezension des 2022 vom Okaju herausgegebenen und gratis erhältlichen Sammelbands „Jugendliche, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten und die Kinderrechte“. Über das Dossier hinaus werden noch andere Themen präsentiert: Etwa das Verhältnis der CSV zur Katholischen Kirche sowie die Notwendigkeit eines dritten Wohnungssektors, der also weder rein privat, noch rein staatlich ist. Filmbegeisterte dürfen sich auf eine Rezension der luxemburgischen Koproduktion „Corsage“ freuen, die seit Mittwoch in unseren Kinos zu sehen ist. Ein Highlight der Ausgabe ist ein der hauptstädtischen Bürgermeisterin Lydie Polfer gewidmetes Gedicht von Autor Pit Panther.